

11 M
AN

Beschluss- (Resolutions-) Antrag

der GemeinderätInnen Erich Valentin, Heinz Hufnagl, Mag. Gerhard Spitzer, Waltraud Karner-Kremser, MAS, Ernst Nevrivy (SPÖ), sowie Mag. Rüdiger Maresch, Drⁱⁿ Jennifer Kickert, Drⁱⁿ Monika Vana (Grüne)

eingebraucht in der Sitzung des Wiener Gemeinderates am 24.6.2013 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Umwelt)

Für eine europaweit einheitliche Haftpflichtversicherung für Atomreaktoren!

Atomkraftwerke in der EU sind massiv unterversichert. Die geltenden Regelungen sehen nur eine - sowohl zeitlich als auch finanziell - beschränkte Haftung der Betreiber von Atomreaktoren vor, die Zulieferer sind nicht mehr haftbar.

Die Haftungssummen rangieren zwischen 50 Mio. Euro in der Slowakei, 91 Millionen Euro in Frankreich bis zur Summe von 2,5 Milliarden Euro in Deutschland.

Diesen lächerlichen Summen stehen mögliche Schadenskosten von bis zu 8 Billionen Euro gegenüber. Eine im Februar 2013 veröffentlichte französische Regierungsstudie rechnet mit bis zu 430 Milliarden Euro für einen SuperGAU in Frankreich.

Sogar EU-Kommissar Oettinger fordert, dass eine Versicherungspflicht für Atomkraftwerke von bis zu 10 Milliarden Euro eingeführt wird. Unterstützung findet der Vorschlag auch im Europäischen Parlament, das am 14. März 2013 einen Entschließungsantrag angenommen hat, in dem die Absicht der Kommission begrüßt wird, Maßnahmen legislativer und nicht-legislativer Art auf dem Gebiet der Versicherung und Haftung im Nuklearbereich vorzuschlagen.

Bereits im Jahr 2011 hatten die Versicherungsforen Leipzig GmbH in einer Studie die Kosten für eine Haftpflichtversicherung erhoben. Der Studie zufolge wäre es für die Versicherer bereits unrentabel, auch nur einen Bruchteil der maximalen Schadenssumme zu versichern. Die Einführung einer Haftpflichtversicherung könnte also den entscheidenden Schritt für den europaweiten Atomausstieg bringen.

Daher gibt es auch eine Petition an das Europäische Parlament, in dem die unterzeichnenden BürgerInnen der Europäischen Union, das Europäische Parlament auffordern, an die Europäische Kommission heranzutreten, dass diese einen Vorschlag unterbreitet, in dem eine Haftpflichtversicherung für jeden Atomreaktor in der Europäischen Union vorgesehen ist und zwar in der Höhe von mindestens 400 Milliarden Euro je Atomreaktor.

MAGISTRATSDIREKTION DER STADT WIEN
Eing.: 24 JUNI 2013
PEC-2314-2013/0001/G AT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat, Landesregierung und Stadtsenat

Die gefertigten GemeinderätInnen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates für Wien folgenden

Beschluss- (Resolutions-) Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Wien fordert den zuständigen Umweltminister auf, an die EU-Kommission heranzutreten und den Vorschlag zu unterbreiten, eine Haftpflichtversicherung für jeden Atomreaktor in der Europäischen Union vorzusehen und zwar in der Höhe von mindestens 400 Milliarden Euro je Atomreaktor.

Es muss das Verursacherprinzip gelten: Wer den Schaden verursacht, muss dafür haftbar gemacht werden!

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 24.6.2013



The image shows several handwritten signatures in black ink. On the left, there are two distinct signatures. In the center, there are two overlapping signatures. On the right, there is a large, complex signature at the top and a signature that reads 'Vano' below it.